

Verwirklichung der Adenauerschen Konzeption

Adenauer geht von folgenden Maximen der Politik aus:

- Rechtsstaatlichkeit,
- Freiheit,
- Schutz der Menschenrechte,
- Wahrung des Friedens.

Diese Prinzipien sind angesichts zweier verlorener Weltkriege und angesichts der weltpolitischen Konfrontation des „Kalten Krieges“ nur durch Integration in die westeuropäische Staatengemeinschaft und eine Anlehnung an die USA als militärische Führungsmacht zu erreichen.

Adenauer setzt in seiner **Außenpolitik** zunächst die Westintegration als oberstes Ziel, um diese Grundsätze zu verwirklichen. Dass für ihn allein diese Politik geeignet ist, die außenpolitische Handlungsfreiheit und die Souveränität wieder zu erlangen, kann in dieser Aufgabe hintan stehen. Wichtiges Element aber der Rückkehr in die europäische Staatengemeinschaft ist dabei auch die Wiederbewaffnung, da durch sie sowohl eine aktive Beteiligung an den Lasten der Verteidigung gegen den Osten, als auch eine Einbindung jedes militärischen Potenzials der Bundesrepublik in die Kommando- und Kontrollstrukturen des Westens gesichert ist.

Dem Gedanken der **Westintegration** lag dabei die schon 1919 geäußerte Vorstellung zu Grunde, dass es in einer Welt gegenseitiger wirtschaftlicher Verflechtung keine nationalen Interessen mehr gebe, die mit der Waffe in der Hand verteidigt werden müssen, sondern dass jede Verletzung der Interessen anderer auch die eigenen Interessen schädige. Diesem Gedanken folgte nun auch der französische Außenminister Robert Schuman, und aus dem Zusammenwirken beider Staatsmänner entstand 1951/52 die Montanunion, die die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands, Frankreichs, der Benelux-Staaten und Italiens aus der alleinigen nationalen Zuständigkeit herausnahm und in einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ zusammenfasste.

Die Wiedergewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit setzte nach Adenauer eine Politik voraus, die in hohem Maß um **Vertrauen** warb und die eben genannte Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft offen als Ziel proklamierte. Erster Schritt auf diesem Weg war das Petersberger Abkommen vom 22.11.1949, mit dessen Unterzeichnung die Bundesrepublik internationalen Organisationen beitreten konnte (Beitritt zur OEEC 1949, zum Europarat 1950). Auch mit dem Londoner Schuldenabkommen 1953 unternahm die Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur Herstellung internationalen Vertrauens in Deutschland.

Erster Schritt auf dem Weg zur **Wiedergewinnung der Souveränität** war der Deutschland-Vertrag 1952 mit den USA, Großbritannien und Frankreich. Er enthielt folgende Punkte:

- Beendigung der Besatzung,
- Volle Souveränität der Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik,
- Beendigung aller Einschränkungen bei der Gesetzgebungshoheit,
- Beendigung aller Produktions- und Forschungsbeschränkungen,
- ausschließliche Zuständigkeit der Alliierten für Deutschland als Ganzes und für Berlin,
- Verpflichtung der Westmächte auf die deutsche Wiedervereinigung als politisches Ziel.

Obwohl das Vertragswerk selbst durch die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung hinfällig war, wurde der Deutschland-Vertrag im Oktober 1954 Bestandteil der „Pariser Verträge“, mit denen das Besatzungsstatut aufgehoben und die Bundesrepublik im folgenden Jahr in NATO und WEU aufgenommen wurde.

Im Zeichen des Kalten Krieges, des Korea-Krieges insbesondere, lag eine völlige Entmilitarisierung der Bundesrepublik – als exponierter „Vorposten“ – nicht im Interesse irgendeines der Beteiligten. Auf der einen Seite wollten die USA, dass die Bundesrepublik einen – wenn auch geringen – eigenen **Beitrag zu ihrer eigenen Verteidigung** leistete, auf der anderen Seite lag es auch im eigenen Interesse der Bundesregierung, einer tatsächlichen oder vermuteten Drohung aus dem Osten ein Gegengewicht entgegensetzen zu können. Bereits Ende August 1950 schlug Adenauer den Westalliierten in einem Sicherheitsmemorandum die Aufstellung einer Schutztruppe vor, die, in derselben Stärke wie die bereits aufgestellte kasernierte Volkspolizei in der DDR, den Schutz der Inneren Sicherheit der Bundesrepublik übernehmen könne. Damit waren jedoch erhebliche Sicherheitsbedenken Frankreichs und Großbritanniens tangiert, die eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nicht als einfache Aufnahme in die NATO verstanden, sondern die Rüstungskontrollinstrumente des Brüsseler Vertrags von 1948 (1954 zur WEU erweitert) angewandt wissen wollten.

Adenauer und die von ihm geführte Bundesregierung gingen von der **Grundüberlegung** aus, dass allein die Westintegration der Bundesrepublik Sicherheit sowohl vor einer Instabilität verursachenden „Schaukelpolitik“ zwischen West und Ost als auch vor sowjetischen Absichten, Deutschland zu neutralisieren, bot – was nicht weniger politische Instabilität verursachen würde. Sie würde insofern zur Wiedervereinigung führen, als die Sowjetunion nur durch die Geschlossenheit des Westens, beeinflusst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich, zu einer Änderung ihrer Deutschlandpolitik gebracht werden könnte. Daher erschien auch die Stalin-Note von 1952 nur als ein durchsichtiges Manöver, um den Abschluss des EVG-Vertrags zu verhindern.

Zu den politischen Vorstellungen Adenauers gehört auch die **Ablehnung des Kommunismus** und der ihn verkörpernden **DDR**. Die Bundesregierung lehnte es ab, das Ulbricht-Regime in der DDR anzuerkennen, weil es nicht aus freien Wahlen hervorgegangen war und nicht dem Willen der Bevölkerung entsprach. Aus der Politik

der Stärke heraus erhob die Bundesregierung den Anspruch, als einzige demokratisch legitimierte Regierung auch für diejenigen zu sprechen, denen eine Teilnahme an freien Wahlen versagt war („Alleinvertretungsanspruch“) und erklärte die diplomatische Anerkennung der DDR zu einem unfreundlichen Akt, der den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik zur Folge hätte („Hallstein-Doktrin“). Das hinderte Adenauer jedoch nicht an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion selbst (Moskau-Reise 1955).

Demgegenüber argumentierte die **Opposition** – auch die Opposition innerhalb der CDU –, dass jeder Schritt in Richtung auf eine Westintegration und jede Vorwegnahme einer eigentlich gesamtdeutschen Entscheidung die Wiedervereinigung erschweren. Jede einzelne der oben genannten Entscheidungen war daher von heftigen innenpolitischen Diskussionen begleitet:

- die SPD sah Adenauers Nachgeben im Petersberger Abkommen als „Erfüllungspolitik“ gegenüber den Alliierten an,
- 1950 trat auf Adenauers Vorschlag einer deutschen Schutztruppe hin der Innenminister Gustav Heinemann zurück und verließ die CDU,
- die SPD lehnte die Montanunion wegen vermeintlicher wirtschaftlicher Nachteile für die Bundesrepublik ab,
- innerparteiliche Opposition in CDU und FDP wandte sich gegen die „Bindungsklausel“ im Deutschlandvertrag von 1952, nach der auch ein wiedervereinigtes Deutschland die Westbindung der Bundesrepublik fortsetzen sollte,
- die SPD-Opposition sah die mit dem Beitritt zur EVG verbundene Wiederbewaffnung als eine verfassungswidrige Verletzung der Friedensverpflichtung und als Hindernis für die Wiedervereinigung,
- SPD, FDP und Teile der CDU sahen in Adenauers ablehnender Antwort auf die Stalin-Note die verpasste einmalige Chance zur Wiedervereinigung.